

Protokoll

21. Sitzung vom 20. Juni 2016

rsa

Seite 496

Behörde	Gemeinderat
Traktanden	Siehe unten
Sitzungsdatum/Zeit	Montag, 20. Juni 2016, 19.00 Uhr – 20.30 Uhr
Sitzungsort	Sitzungssaal Untermosen, Gulmenstrasse 4
Teilnehmende	34 Mitglieder des Gemeinderats und der Stadtrat, Esther Ramirez, Ratssekretärin, Ruth Schäfer, Ratssekretärin-Stv., sowie Peter Krapf, Ratsweibel
Entschuldigte	Volkan Dogu (private Gründe) Philipp Kutter, Stadtpräsident (Verpflichtung Kantonsrat)

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Abnahme des Protokolls vom 11. April 2016
3. Abnahme der Rechnung der Politischen Gemeinde für das Jahr 2015
4. Abnahme des Geschäftsberichts des Stadtrats für das Jahr 2015
5. ~~Postulat der CVP-Fraktion, vom 10. Juli 2015, überwiesen am 31. August 2015, betreffend neues Geschäftsmodell für die Badeanlagen; Beantwortung~~
6. Interpellation der GLP-Fraktion, vom 23. November 2015, überwiesen am 18. Januar 2016, betreffend Rütihof finanziell noch tragbar?; Beantwortung
7. Einbürgerungen:
 - ROTH Götz Peter, deutscher Staatsangehöriger, wohnhaft in Wädenswil, Eintrachtstrasse 16
 - ~~SMAJLOVIC Senade, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige, wohnhaft in Au Wädenswil, Im Maiacher 7~~
 - STIRNER Marion, deutsche Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Meierhofstrasse 26

Die Traktandenliste wurde rechtzeitig, am 10. Juni 2016, in der ZSZ amtlich publiziert.

Bei der Traktandenliste gibt es eine Änderung. Das Traktandum 5, Postulat der CVP-Fraktion betreffend neues Geschäftsmodell für die Badeanlagen wird auf eine spätere Sitzung vertagt, da der Sprecher im Rat, Volkan Dogu, heute abwesend ist.

Auf Anfrage gibt es keine Einwände gegen die Traktandenliste.

1. Mitteilungen

Gemeinderatspräsidentin Monika Greter begrüsst zur Gemeinderatssitzung. Entschuldigt hätten sich Stadtpräsident Philipp Kutter und Gemeinderat Volkan Dogu. Am 23. September 2016 finde der Gemeinderatsanlass statt. Das Datum sei zu reservieren.

1.1 Eingänge

- Weisung 14, vom 25. April 2016, Sanierung und Erweiterung Wartehäuschen Seeplatz; Kreditbewilligung
- Sitzplan Gemeinderat 2016/2017
- Beantwortung des Postulats der CVP-Fraktion, vom 10. Juli 2015, überwiesen am 31. August 2015, betreffend neues Geschäftsmodell für die Badeanlagen
- Beantwortung der Interpellation der GLP-Fraktion, vom 23. November 2015, überwiesen am 18. Januar 2016, betreffend Rütihof finanziell noch tragbar?
- Beantwortung der Schriftlichen Anfrage der BFPW/SVP-Fraktion, vom 11. Februar 2016, betreffend öffentlicher Parkplätze bei der „Sonne“, bzw. Parkausweis für städtische Angestellte
- Protokoll der GR-Sitzung vom 11. April 2016
- Bericht und Antrag zur Rechnung 2015 und zum Geschäftsbericht 2015 der Politischen Gemeinde Wädenswil

1.2. Überweisungen

Keine.

2. Abnahme des Protokolls vom 11. April 2016

Das Protokoll der Sitzung vom 11. April 2016 wird genehmigt.

10.06

3. Abnahme der Rechnung der Politischen Gemeinde Wädenswil für das Jahr 2015

Gemäss Art. 25 Abs. 2 Geschäftsreglement Gemeinderat entfällt die Eintretensdebatte.

Detailberatung:

Präsidentin der GRPK, Christina Zurfluh Fraefel, SVP, teilt mit, dass auch das letzte Jahr 2015 viele Facetten bereit gehabt habe: Der Krieg in Syrien, der nun schon seit 2011 andauere und damit verbunden die Flüchtlinge, die in Europa, in der Schweiz und in Wädenswil eintreffen würden. Oder die Terroranschläge in Paris. Oder Deutschland, mit dem Flugzeug-Absturz in den französischen Alpen und dem VW-Abgasskandal. Oder ganz einfach der tolle Frühling und Sommer mit so wenig Regen, dass es einerseits für die Bauern schon bald bedrohlich, andererseits herrlich gewesen sei für die vielen Veranstaltungen wie

z.B. das Zürcher Kantonal Schwingfest, das sicher ein Höhepunkt für die Stadt Wädenswil gewesen sei. So habe jede Medaille bekanntlich eben zwei Seiten.

Auch die der Rechnung 2015. Der Stadtrat habe gerade noch rechtzeitig die Handbremse gezogen, damit mit quasi einer roten Null abgeschlossen werden konnte. Als die Lage ernst geworden sei, habe sich gezeigt, dass Sparpotenzial vorhanden sei. Im Vergleich zum budgetierten Aufwandüberschuss von CHF 6.7 Mio. sei eine Verschlechterung von lediglich 1.1% gegenüber dem Budget resultiert. Dies täusche allerdings nicht darüber hinweg, dass ein weiterer Abbau des Eigenkapitals mit CHF 6.8 Mio. leider Tatsache sei.

Die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission sei an der Sitzung vom 14. April 2016 über den Jahresabschluss des vergangenen Jahrs von Stadtrat Peter Schuppli und dem neuen Leiter Finanzen, Stefan Müller, informiert worden. Ein offizielles „Willkommen“ an Stefan Müller und einen Dank an die beiden Herren für die informativen Ausführungen.

Mit dem Gesamtaufwand von CHF 169.7 Mio. und dem Gesamtertrag von CHF 162.9 Mio. ergebe sich bei der Rechnung 2015 ein Defizit von CHF 6.8 Mio. In der Hochinvestitionsphase hätten die Investitionen ins Verwaltungsvermögen „nur“ CHF 18.5 Mio. betragen anstatt der geplanten CHF 32.2 Mio. Hauptgrund dafür sei die Bauverzögerung beim Projekt Rotweg.

Verantwortlich für das Minus sei unter anderem einmal mehr der Dauerbrennpunkt Frohmatt. Hier sei erneut ein Defizit von CHF 2.2 Mio. eingefahren worden. Dass viele der Folge- und Zusatzkosten eigentlich in den Initialkredit gehört hätten, sei ihnen bei diversen Nachfragen immer wieder bestätigt worden.

Weiter würden die Sozialversicherungen und auch die Krankenpflegebeiträge die Stadt immer mehr belasten; dies aufgrund der demografischen Entwicklung, weil alle immer älter würden.

Das Steuersubstrat komme schon seit einigen Jahren um die 6%, 7% von juristischen Personen, spreche ansässigen Firmen. Eine Zahl, die es unbedingt nach oben zu korrigieren gelte, auch wenn die wirtschaftliche Lage nach dem 15. Januar 2015 alles andere als euphorisch sei. Lokale Arbeitsplätze seien und würden aber ein wichtiger Motor bleiben.

In Hochinvestitionsphasen brauche es einerseits eine Kosten- und Budgetdisziplin und andererseits aber auch einen Sparwillen. Es wäre wünschenswert, wenn das vom Stadtrat vorgelebt und in den Abteilungen so weiter geführt werde. Gerade der Stadtrat wäre mit seinen Kreditbeschlüssen ausserhalb des Voranschlags gefordert.

Weil in der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission einmal mehr der Eindruck von „Salami-Taktik“ entstanden sei, erneute der Hinweis: Die Salami gehöre eigentlich in die Küche, an die Apéro-Bar, in den Rucksack oder idealerweise an den Znüni mit notabene lokalen Handwerkern - aber bitte nicht in die Stadtverwaltung.

Bei der Stadtverwaltung habe vom 9. - 13. Mai 2016 die offizielle GRPK-Besuchswoche stattgefunden. An dieser Stelle gehe ein Dank an alle Beteiligten. Die Essenz daraus hätten sie in ihrem Bericht und Antrag festgehalten.

Die externe Revisionsstelle BDO habe vorab die finanztechnische Prüfung der Rechnung 2015 vorgenommen und empfehle mit Schreiben vom 7. April 2016 diese zu genehmigen. Eine Subkommission der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission habe an der Besprechung mit der BDO und der Stadt teilgenommen. Speziell sei dabei die professionelle Vorbereitung unter der Leitung von Rita Nigg hervorgehoben worden. Erwähnt worden sei auch das interne Kontrollsystem (IKS), das von Ralph Ruoss eingeführt und weiter vorangetrieben worden sei. Daneben gebe es aber auch noch einiges zu erledigen. Sei es mit der zentralen Ablage sämtlicher Verträge, mit einem Fondsreglement, mit einem Inventar der Mobilien und Immobilien, mit einer Werthaltigkeitsprüfung beim Theater Ticino, usw.

Auf der „to-do“-Liste sei auch weiterhin die Marschrichtung des FLAG Systems. Die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission warte geduldig auf eine Stellungnahme des Stadtrats zum weiteren Vorgehen. Sollte dieses System beibehalten werden, biete die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission gerne eine Mitarbeit an, falls das dann überhaupt gewünscht würde. Ganz sicher brauche es auch eine Überarbeitung der Ziele und Indikatoren. Zudem gehöre dann auch eine entsprechende, konsequente Beurteilung der Zielerreichung in den Geschäftsbericht.

Auch auf ein klares, öffentliches Leitbild als übergeordnete Zielvorgabe würden sie noch immer warten. Deshalb einmal mehr der Hinweis, dass mit einem klaren Leitbild viele Diskussionen effizienter geführt und Entscheide fundierter begründet werden könnten.

Die allgemeine Grosswetterlage, das wirtschaftliche Umfeld, die Finanzwelt - alles sei nach wie vor mit grossen Unsicherheiten behaftet. Und gerade in wirtschaftlich unsicheren und volatilen Zeiten brauche es sichere Werte, stabile Rahmenbedingungen, verlässliche Leitbilder und Leitfiguren, eine ehrliche, transparente und verständliche Kommunikation und einen zuverlässigen Kapitän mit einer Crew, der den Dampfer durch die unruhigen Gewässer navigiere.

Sie komme zum Schluss. Im Namen aller Mitglieder der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission beantrage sie, die Rechnung 2015 und auch die FLAG-Berichte abzunehmen. Zustimmung zur Annahme dürfe sie auch im Namen der SVP-Fraktion bekannt geben. Im Namen aller Mitglieder der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission empfehle sie auch den Geschäftsbericht abzunehmen.

Mitglied der GRPK, Rita Hug, Grüne, sagt, dass es schöne Neuigkeiten seien - im Bericht und Antrag der Abteilung Gesundheit könne nachgelesen werden, dass nach der Fassaden- und Dachsanierung inklusive Photovoltaikanlage des Hallenbads bereits erste positive Wirkungen bei den Heizkosten festgestellt werden konnten. Investitionen die sich lohnen würden. Die Sonne schicke der Stadt Wädenswil zum Glück keine Rechnung - auch in Zukunft nicht.

Investitionen würden sich oftmals auszahlen. Nicht immer auf den ersten Blick, aber langfristig betrachtet. Zurückgestellte Investitionen, wie sie im Moment im Stadt- und Gemeinderat gang und gäbe seien, könnten eine Stadt wie Wädenswil auch empfindlich treffen. Sie alle wüssten, dass grössere Aufträge von der Stadt elementar wichtig für die einheimischen

Handwerker seien. Wenn also dringend notwendige Investitionen, die absolut unbestritten seien, nur aus Gründen der Steuerfusserhaltung zurückgestellt würden, zum Beispiel das Schulhaus Ort, die Alterssiedlung „Bin Rääbe“ und all die sanierungsbedürftigen Kindergärten, seien das für die Handwerker und ihre Familien wichtige Einnahmequellen, die ausblieben. Was nütze dem Gewerbe ein Steuerprozent weniger, wenn es keine Arbeit habe. Wie solle eine Werkstatt Zürisee zum Laufen kommen, wenn die Stadt jegliche Entwicklung einfriere und solche negativen Signale aussende.

Sie mache sich grosse Sorgen, wie es mit dieser Finanzpolitik, die im Moment in der Stadt Wädenswil praktiziert werde, weiter gehe. Heute hätten sie einen Nettoverlust von minus CHF 182.- pro Einwohner, was in den letzten Jahren nie der Fall gewesen sei. Als Lösung werde bei Bildung und Sozialem gespart um den Steuerfuss künstlich tief zu halten. Sie mache sich grosse Sorgen, was einmal auf die nächste Generation zukomme, die das dann einmal alles ausbaden müsse. Es sei Zeit, dass die Stadt wieder vorwärts gebracht werde. Zu allem immer „Nein“ zu sagen sei einfach. Jetzt brauche es eine Finanzpolitik, die innovativ und zukunftsgerichtet sei.

Mitglied der GRPK, Walter Münch, FDP, führt aus, dass auch sie von der FDP sich Sorgen um die Finanzen der Stadt Wädenswil machen würden. Ohne den einmaligen Buchgewinn von CHF 3 Mio. aus der Liquidation der Genossenschaft Pro Wädenswil schliesse die Rechnung der Stadt Wädenswil mit einem rekordhohen Defizit von CHF 9.8 Mio. ab. Dies müsse zu denken geben. Innerhalb eines Jahres sei von einem Nettovermögen eine Nettoschuld produziert worden. Im letzten Jahr hätten sie vom Stadtrat immer wieder gehört, dass Sparanstrengungen unternommen werden. Leider sehe die Realität aber etwas anders aus. Um ganze CHF 1.7 Mio. sei der Gesamtaufwand im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Im eigenen Haushalt und in der Privatwirtschaft heisse Sparen weniger ausgeben als im Vorjahr. Bei der Verwaltung würden aber anscheinend andere Regeln gelten. Bis heute hätten sich die Sparanstrengungen leider noch nicht wirklich materialisiert. Vor allem der Personalaufwand und die Sozialhilfekosten seien weiter gestiegen. Es könne also keine Rede davon sein, wie sie in der Zeitung vom Samstag hätten lesen können, dass auf dem Buckel der städtischen Angestellten gespart oder auch nur ansatzweise der Service Public abgebaut werde.

Die FDP-Fraktion erwarte vom Stadtrat rigorose Sparmassnahmen, damit das Budget 2017 ausgeglichen veranschlagt werden könne - und das ohne Steuerfusserhöhung. Sie hätten es bereits gehört, wichtige Steuerzahler seien von Wädenswil weggezogen. Jetzt gelte es, neue Firmen anzusiedeln; zum Beispiel im Rütihof. Trotz diverser Vorstösse und Anregungen wüssten sie bis heute nicht wirklich, was konkret unternommen werde, um neue Firmen in Wädenswil anzusiedeln. Sie würden den Eindruck nicht ganz los, dass dieses Thema beim Stadtrat keine hohe Priorität habe.

Für einen gesunden Finanzhaushalt sei es aber auch wichtig, dass die geplanten Bauprojekte redimensioniert und auf Einsparpotenzial geprüft würden. Es gehe nicht darum, wer die Schulhäuser bauen würde, sondern wichtig sei, dass Schulraum gebaut werde. Die Zeit sei definitiv vorbei, dass im Rat Projekte einfach durchgewinkt würden.

Ein besonderes Augenmerk lege die FDP-Fraktion auf die Abteilung Schule und Jugend, den grössten Kostenblock in der Laufenden Rechnung. Eine parteiübergreifende Initiative sei gestartet worden mit einem besonderen Fokus auf die Sonderpädagogik. Es sei wichtig, dass die vorhandenen Mittel effizient und sinnvoll eingesetzt würden, aber auch mögliches Sparpotenzial identifiziert werden könne.

Im Namen der FDP-Fraktion empfehle er die Rechnung und den Geschäftsbericht des Stadtrats abzunehmen.

Mitglied der GRPK, Christoph Lehmann, SVP, teilt mit, dass ein Aufwandüberschuss von CHF 6.7 Mio. angesagt worden sei und nun seien sie mit CHF 6.8 Mio. aus dem Rennen gegangen. Eine sehr grosse Genauigkeit - eben „eine Punktlandung in einem anspruchsvollen Umfeld“, wie es der Stadtrat selbst betitelt habe. Für diese sehr kleine Differenz von CHF 0.1 Mio. würden sie sich bei allen Beteiligten mit einem grossen Bravo bedanken.

Jedoch kein Bravo gebe es für die CHF 5.1 Mio. weniger Einnahmen. Aber weil die Ausgaben auch um CHF 5.0 Mio. tiefer ausgefallen seien, gebe es dafür noch ein mittelgrosses Bravo. Fast jeder Abteilung (auch der Schule) würden sie ein kleines Bravo verteilen, weil sie im Nettoaufwand oder -ertrag jeweils tiefer oder höher gelegen seien als mit Budget 2015 angekündigt worden sei. Sie hätten damit in ihrem Bereich dazu beigetragen, dass dieses Ergebnis zustande gekommen sei. Zwei Abteilungen würden besonders auffallen, weil der Nettoaufwand um mehr als CHF 100'000.-, ja sogar CHF 1.5 Mio. von der Ansage abweiche. Zu Soziales und der Frohmatt sage er später etwas. Bei der Gesundheit im Konto Krankenpflege sei der Aufwand massgeblich durch das Normdefizit, das der Kanton festgelegt habe, beeinflusst worden. Auch im vergangenen Jahr hätten diese Ausgaben einen starken Sprung nach oben gemacht. Aus den Vergangenheitszahlen hätten sie entnehmen können, dass diese Zahl noch weiterhin nach oben weise. Für sie deshalb etwas unerklärlich, weshalb die Zahlen im Voranschlag 2015 kleiner gewesen seien als in der Rechnung 2014. Für das werde ein Kaktus verteilt.

Und jetzt? Hätten sie damit das Ende der Fahnenstange erreicht? Nähmen sie die Arbeit als „alle Zähler auf null stellen“ entgegen und würden sie weiterhin gesund arbeiten; was gebraucht werde, wirtschaftlich und ausgeglichen.

Er danke für jede kreative Idee und zweimaliges Hinterfragen einer grossen Ausgabe. Der Stadtpräsident sei leider nicht da. Die Stadträte hätten eine tolle und anspruchsvolle Aufgabe. Sie würden dem Stadtrat und den Verwaltungsmitarbeitenden viel Erfolg bei der bevorstehenden Budgetierung nach den Sommerferien wünschen. Danke und Bravo später für eine allfällige Punktlandung in Bezug auf Ausgeglichenheit.

Mitglied der GRPK, Pierre Rappazzo, GLP, sagt, dass die Stadt Wädenswil mit einem budgetierten aber deswegen nicht weniger besorgniserregenden Minus abschliesse. In Wädenswil gebe es nach wie vor verschiedene Kostentreiber. Die Bürokratie nehme laufend zu und verursache höhere Kosten. Es sei schade, dass der Stadtpräsident nicht anwesend sei, da es ihn betreffe. Die Informatik sei ein Posten, die aus ihrer Sicht eher zu hoch sei. Dort könne gespart werden. Auch Planen und Bauen, die Schule und das Sozialwesen würden

grosse Posten beinhalten, die zu hinterfragen seien und über die sie sich mittelfristig Gedanken machen müssten. Die Frage sei, ob sie sich das noch leisten wollten und könnten.

Tatsächlich sei es nur die halbe Wahrheit, wenn die Linke moniere, dass in den letzten Jahren die Steuern gesenkt worden seien. Dem gegenüber stehe die Tatsache, dass die Kosten pro Steuerzahler in den letzten 10 Jahren deutlich gestiegen seien. Die GLP sei deshalb für keine Steuererhöhung zu haben. Sie seien der Meinung, dass mit dem auszukommen sei, was eingenommen werde. Das heisse vorbehaltlos alle grossen Posten zu überprüfen und anzuschauen, wo gespart werden könnte. Auch sie seien der Meinung, dass vor dem Personal nicht halt gemacht werden solle. Auch dort müsse geschaut werden, ob die Löhne noch der privatwirtschaftlichen Entlohnung entsprächen und wie der Markt die Leute bezahle.

Erschwerend komme nämlich hinzu, dass häufig der Kanton oder der Bund befehle und die Gemeinden bezahlen müssten. Hier müssten sie sich in den Parteien, in der Gesellschaft und in der Politik für einen Paradigma Wechsel einsetzen, hin zu „wer zahlt befiehlt“. Es könne nicht sein, dass der Kanton sage, was gemacht werde und die Stadt dies am Schluss zahlen müsse.

Mitglied der GRPK, Christian Gross, SP, teilt mit, dass bereits gesagt worden sei, dass die Rechnung eine Punktlandung sei und alle Beteiligten herzliche Glückwünsche verdient hätten. Von Walter Münch sei auch schon bereits gesagt worden, dass es fast einen Verlust von CHF 10 Mio. gebe, wenn die CHF 3 Mio. von Pro Wädenswil nicht berücksichtigt würden. Dies sei relativ viel. Er höre jetzt auf, seinen Vorrednern alles nachzusprechen und fange an zu widersprechen. Walter Münch habe gesagt, dass das Nettovermögen innerhalb eines Jahres in eine Nettoschuld umgewandelt worden sei. Vielleicht stimme das schon, wenn nur das eine Jahr mit dem Knick angeschaut werde. Aber eigentlich sei dies das Ergebnis der Politik, die über die vielen Jahre hinweg gemacht worden sei. In den letzten 10 Jahren seien immer wieder die Steuern gesenkt worden. Das grosse Polster Eigenkapital sei bewusst abgebaut worden. Nun hätten sie die Nettoschuld. Das sei nicht von einem Jahr auf das andere geschehen, sondern langfristig und auch vorhersehbar so passiert. Die Rechnung 2015 zeige nun, dass die Steuersenkungen etwas übertrieben gewesen seien. Sie könnten nun schon laut nach Bürokratie schreien und über steigende Kosten lamentieren ohne zu bedenken, dass ein grosser Teil der Kosten vom Kanton an die Gemeinden weiter verlagert worden seien. Dass massive Steuersenkungen vorgenommen worden seien und ein bequemes Eigenkapital in eine Nettoschuld verwandelt worden sei, sei Tatsache. Er hoffe, dass dies alle einmal einsähen.

Stadtrat Finanzen Peter Schuppli, führt aus, dass er sich einleitend bei der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission und ihrer Präsidentin Christina Zurfluh Fraefel für die konstruktive und zügige Abwicklung und Abnahme der Rechnung und für die fundierte und ausführliche Berichtserstattung bedanke. Dank gebühre aber nicht nur den Mitgliedern der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, sondern wie immer auch allen Mitarbeitenden der Stadtverwaltung. Einige davon befänden sich unter den Zuschauern und wollten Zeugen der heutigen Diskussion sein. Es sei auch für sie jeweils ein spezieller Anlass, wenn sie Besuch von den Mitgliedern der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission bekämen und sich deren Fragen stellen dürften. Denn das bedeute jeweils auch Gelegenheit um allfällige

Missverständnisse aus dem Weg zu räumen und einen Einblick ins Innenleben einer Verwaltung zu geben.

Die Abnahme der Jahresrechnung sei ein Blick zurück - ein Blick der zeigen solle, wie präzise und budgetkonform die Exekutive zusammen mit der Verwaltung gearbeitet habe. Sie gebe aber auch Gelegenheit fundiert zu erklären, wieso es allenfalls Abweichungen zu den budgetierten Werten gegeben habe. Denn es werde immer Faktoren geben, die nicht exakt planbar seien. Erwähnen wolle er nur die Wirtschaftsentwicklung, Einsparungen und/oder Reklame unzufriedener Bürger oder Organisationen.

Auch unternehmerische Entscheidungen, zum Beispiel über eine Expansion oder einen Wegzug in steuergünstigere Orte oder Gebiete, wo der Bodenpreis etliches tiefer sei als hier, seien schwer voraussehbar, was selbstredend einigermassen Unsicherheitspotenzial beinhaltet, insbesondere auf Seite der Arbeitsplätze und auch auf Seite der budgetierten Steuereinnahmen, die bekanntlich auch noch konjunkturellen Einflüssen ausgesetzt seien.

Aber nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung könne eine Schwarze-Peter-Rolle spielen, sondern auch Steuerzahler - juristische wie auch natürliche. Und es gebe solche - und die gebe es - die sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die zugestellte Steuerrechnung wehren würden. Das könne zu Verzögerungen von mehreren Monaten oder gar Jahren führen bis die Einnahmen dann doch verbucht werden können. Risiken dieser Art würden sich nicht voraussehen lassen. Ein einzelner Fall könne bewirken, dass ein budgetierter Steuerertrag um zwei oder mehrere Millionen verfehlt werde, was in Wädenswil vier oder mehr Steuerprozenten entspreche. Entsprechend beeinträchtigt werde die Einnahmeseite, was in der Konsequenz auch das Eigenkapital negativ tangiere.

Er erwähne das um aufzuzeigen, mit was für Ungewissheiten und Risiken die Verwaltung und die Exekutive konfrontiert seien und was signifikante Abweichungen gegenüber dem - weiss Gott nicht unrealistisch und nach bestem Wissen und Gewissen - budgetierten Wert bewirken könne.

Das Fazit, das auch dieses Jahr gezogen werden könne sei, dass sie sich gesamtwirtschaftlich unverändert in einer sehr anspruchsvollen Phase befänden. Wenn sie sich die Konjunktur- und Wachstumsprognosen - zum Beispiel jene der Nationalbank - vor Augen führen würden sei in absehbarer Zukunft nicht mit einem spürbaren Wirtschaftsaufschwung zu rechnen. So würden sie bei den Steuereinnahmen bestenfalls von einem bescheidenen Zuwachs ausgehen dürfen.

Andererseits, mit Blick auf den Zustand der Infrastruktur - die Rede sei dabei von Strassen, Leitungen, Schulhäusern und auch einzelnen städtischen Liegenschaften - zeichne sich einigermassen, um es vorsichtig auszudrücken, Nachholpotenzial ab. In der Rechnung werde das ausgabenseitig Spuren hinterlassen wenn nicht länger zugewartet werden solle mit Sanierungsmassnahmen, sondern sie gewillt seien, das Nachholpotenzial mit entsprechenden Massnahmen zu beseitigen. Es sei keine neue Erkenntnis, dass zu warten und hinausschieben, flicken, reparieren oder ersetzen normalerweise nichts billiger mache - im Gegenteil.

Sie befänden sich somit auf einer Gratwanderung. Einerseits solle dem Bürger, dem Steuerzahler eine funktionierende, intakte Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden und das wenn immer möglich ohne den Steuerfuss hinaufzusetzen. Das sei eine veritable Herausforderung. Vor einem Jahr habe er das als Quadratur des Zirkels bezeichnet und das gelte auch heute noch. Wenn das Ziel schon sei, den heutigen Steuerfuss auf dem bisherigen Niveau zu belassen, dann müssten sie dafür sorgen und sich darum bemühen, nicht nur gute Steuerzahler zu behalten, sondern auch neue zu gewinnen; seien es natürliche oder juristische Personen. Mit den Wohnneubauten entlang der Zugerstrasse und dem Projekt Werkstadt Zürisee sei einiges in der Realisierung respektive in Planung.

Aber es werde auch weiterhin das oberste Ziel und damit eine der Herausforderungen sein, Wädenswil als wohnliche, lebenswerte Stadt mit mannigfaltigen Arbeits-, Einkaufs-, Freizeit- und Sportmöglichkeiten darzustellen und zu vermarkten. Dem Stadtrat sei das absolut bewusst und er arbeite diesbezüglich unter dem Motto „Wir bleiben dran“.

Sie sollten ihm noch einige Anmerkungen zum Rechnungsabschluss 2015 erlauben. Mit einem Ausgabenüberschuss von CHF 6.8 Mio. sei das budgetierte Minus lediglich um 1.1% überschritten worden. Es könne deshalb zwar von einer Punktlandung gesprochen werden, doch beruhigen oder zufriedenstellen könne das natürlich nicht. Denn das Eigenkapital sei durch den erneuten Ausgabenüberschuss weiter erodiert. Allen Beteiligten sei klar, dass es in diesem Stil nicht weitergehen könne. Die Abwärtsspirale mit jährlichen Defiziten müsse durchbrochen werden. Deshalb sei der Stadtrat zusammen mit allen Abteilungen daran, Möglichkeiten zu eruieren, wie und wo effizienter gearbeitet werden könne, wie und wo gespart werden könne, ohne dass neuer Nachholbedarf kreierte werde. Kurzum, jeder Stein solle umgedreht werden mit dem Ziel, die gleiche Leistung günstiger erbringen zu können.

Die Rechnung 2015 schneide - wie erwähnt - zwar um knappe CHF 100'000.- schlechter ab als budgetiert. Doch wenn die Gewinnüberweisung der Zürcher Kantonalbank mit CHF 1.2 Mio. nicht um CHF 192'000.- tiefer als erwartet ausgefallen wäre, wäre das städtische Defizit sogar eine Spur kleiner als veranschlagt ausgefallen. An dieser Stelle dürfe er erwähnen, dass der Gewinnanteil der ZKB im laufenden Jahr - schriftlich zugesichert - für die Stadt CHF 1.47 Mio. sein werde, also einiges mehr als die CHF 1.2 Mio., die budgetiert worden seien. Das immerhin eine positive Vorausmeldung.

Doch zurück zur Realität und zum Abschluss 2015. Während die ordentlichen Steuern, also die Einkommens- und Vermögenssteuern rund CHF 1,7 Mio. besser als budgetiert ausgefallen seien, sei bei der Quellensteuer richtiggehend ein Einbruch erfolgt. Statt der erwarteten CHF 1.8 Mio. seien lediglich CHF 388'000.- vereinnahmt worden. Das sei vor allem mit dem Wegzug von gutbezahlten ausländischen Führungskräften zu begründen. Somit sei auch zu befürchten, dass der für 2016 budgetierte Betrag bei der Quellensteuer von CHF 1.05 Mio. eher auf der zuversichtlichen Seite zu sehen sei.

Unter den Erwartungen geblieben seien im vergangenen Jahr die Steuereinnahmen aus dem Grundstückhandel, und zwar um CHF 715'000.-. Auch da sei anzumerken, dass die Prognose in dieser Sparte stets mit beträchtlichen Unsicherheiten behaftet seien - womit als

Beispiel nur der Streitfall Hangenmoos erwähnt sei. Aber auch die Zahl der Ersatzbeschaffungen mit einem Steueraufschub nehme laufend zu, was selbstredend die Prognose von den zu erwartenden Grundstückgewinneinnahmen nicht erleichtere.

Wie im Vorjahr habe auch das Alterszentrum Frohmatt den budgetierten Aufwandüberschuss leider nicht ganz einhalten können und mit CHF 2.2 Mio. das veranschlagte Minus um rund CHF 300'000.- übertrafen. Der Hauptgrund liege bei der Besoldung des Pflegepersonals und der Betreuung, der Sozialleistungen und der teureren Lebensmittelbeschaffung.

Abschliessend noch einen Blick in die Gegenwart und die Zukunft. Er habe bereits erwähnt, dass sie sich - und zwar nach wie vor - in einer anspruchsvollen Zeit mit erheblichen Unsicherheiten befänden. Nicht nur sei kaum Wachstum in einem der wirtschaftlich relevanten Länder festzustellen, komme hinzu, dass die Diskussion in Grossbritannien um die Mitgliedschaft in der EU für erhebliche Verunsicherung im Wirtschafts- und Währungsraum der Euro-Länder Sorge. Es wäre zu optimistisch zu behaupten, das liesse die Schweiz völlig unbeeindruckt. Selbst die Unternehmer hier würden diese Diskussion und Entwicklung mit Argusaugen verfolgen. Wer sich entscheiden müsse, ob er namhafte Mittel für Expansion oder Modernisierung investieren solle, werde im Zweifelsfall mit einem Entscheid zuwarten, bis Klarheit über die Zukunft und dem Zusammenhalt der Europäischen Union bestehe. Auch für Wädenswil dürfe das Thema nicht ohne Auswirkungen bleiben, wie auch immer die Brexit-Auseinandersetzung in der EU ausgehen werde. Die Stadt jedoch müsse so oder so die eigenen Hausaufgaben lösen und der Stadtrat sei willens, das in Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat und der Verwaltung anzupacken. Dies soweit von seiner Seite. Der Stadtrat werde sich in der Detailberatung je nach Bedarf noch zu Wort melden.

Abschliessend bitte er den Gemeinderat im Namen der Abteilung Finanzen und des gesamten Stadtrats, nach der Detailberatung der vorliegenden Rechnung zuzustimmen, inklusive der FLAG-Projekte.

Zum Thema FLAG - Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget - die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission habe sich unter Punkt 5.2 in ihrem Bericht dazu geäussert, sei Folgendes zu erwähnen: Zu Recht hebe die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission den Finger auf den wunden Punkt und bemängle, dass sie keine Informationen mehr zum Stand der Umsetzung erhalten habe und dass ein übergeordnetes Leitbild noch immer fehle, was für das FLAG-Projekt absolut notwendig sei. Auch sei es diskussionslos, dass FLAG-Ziele und Indikatoren regelmässig überprüft und wo notwendig angepasst würden. Das alles solle und müsse selbstverständlich sein. Aber im vorliegenden Fall sei es eine Frage der personellen Ressource, konkret in der Finanzabteilung, wo bekanntlich ein Wechsel in der Leitung stattgefunden habe. Der neue Leiter Stefan Müller, der erst seit dem 1. April im Amt sei, habe jedoch versprochen, sich dem Thema anzunehmen und den Antrag zuhanden des Gemeinderats zur Umsetzung einer flächendeckenden Einführung von FLAG zu erstellen.

Die Legislaturschwerpunkte des Stadtrats 2014-2018 seien definiert worden und würden in der Berichtserstattung zum FLAG-Globalbudget einfließen. Sie seien daran und würden alles daran setzen, den Erwartungen der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission so schnell wie möglich zu entsprechen.

Patrik Mouron, CVP, sagt, dass von Seiten der CVP anerkannt werde, dass das Ergebnis der Rechnung nicht schlechter ausgefallen sei, als es budgetiert worden sei. Darum nähmen sie die Rechnung auch an. Gleichzeitig wolle er jedoch sagen, dass ein budgetiertes Defizit in dieser Grössenordnung wie in der Rechnung 2015 weiterhin nicht akzeptabel sei, weil damit das Eigenkapital in absehbarer Zeit dahinschmelze. Die CVP werde sich weiterhin für eine objektive Güterabwägung zwischen Sparen und Steuerfusserhöhung einsetzen, um im Dezember ein ausgeglichenes Budget diskutieren zu können.

Zur laufenden Rechnung der einzelnen Abteilungen und gleichzeitig die FLAG-Teilprojekte: (blaue Ausgabe)

Präsidiales, S. 16 ff.

Mitglied der GRPK, Christine Merseburger, EVP, teilt mit, dass sie die Abteilung Präsidiales vorstellen dürfe. Die Rechnung 2015 schliesse mit einem Aufwand von CHF 8.1 Mio. und einem Ertrag von CHF 4.1 Mio. im Rahmen der Rechnung 2014 ab. Die Einnahmen seien tiefer als budgetiert. Wie allgemein bekannt sei, gründe dies auf der Verbuchung des Erlöses „Genossenschaft Pro Wädenswil“. Dieser habe zum Zeitpunkt der Budgetierung noch zu Präsidiales gehört, in der Rechnung nun sei er aber bei Buchgewinne aus Veräusserungen verbucht worden. Daher komme der Unterschied.

Weitere grössere Abweichungen zum Budget habe es ansonsten kaum gegeben. Erwähnenswert sei das Konto Leistungen Dritter. Dort würden die Frankaturen abgerechnet. Dort sei das Budget auch überschossen worden. Gemäss der Abteilung werde darauf geachtet, dass diese Kosten gesenkt werden könnten. Hätten sie zum Beispiel gemerkt, dass das Antwortcouvert bei den Abstimmungen neu mit B-Post frankiert werde? Jetzt wüssten es alle. Ihr sei versichert worden, dass die Anzahl der verspätet ankommenden Couverts sich dadurch nicht erhöht habe. Es habe sich gelohnt hier zu sparen.

Auch eine Erwähnung wert sei das Konto allgemeiner Sachaufwand. Dort seien Kosten für Rechtsberatung und Gerichtsfälle enthalten. Hier habe unter anderem der Glockengeläut-Fall zur Budgetüberschreitung beigetragen.

Ansonsten könne zur Abteilung Präsidiales gesagt werden, dass die gesetzten Ziele mit etwas weniger Aufwand erreicht worden seien und weiterhin daran gearbeitet werde.

Finanzen, S. 26 ff

Globalkredit Immobilien S. 187 –190

Mitglied GRPK, Pierre Rappazzo, GLP, sagt, dass Christoph Lehmann und er am 12. Mai 2016 die Abteilung Finanzen und Immobilien geprüft hätten. Sie seien von Stadtrat Peter Schuppli, Stefan Müller und Peter Nef empfangen worden. Sie würden ihnen für die genaue und sachkundige Erklärung der Rechnung 2015 danken.

Der Nettoertrag der Finanzabteilung habe 2015 CHF 65.5 Mio. betragen, was gegenüber der Rechnung des Vorjahrs einem leichten Plus von CHF 0.7 Mio. und gegenüber dem Budget einem solchen von CHF 3.6 Mio. entspreche. Der Mehrertrag begründe sich - wie bereits mehrfach gehört - in der ausserordentlichen Zuweisung des Liquidationserlöses der „Genossenschaft Pro Wädenswil“, der aus rechtlichen Gründen dem Eigenkapital habe zugewiesen werden müssen.

Der Aufwand von CHF 17.7 Mio. sei tiefer als budgetiert gewesen und tiefer gegenüber dem Vorjahr. Der Grund dafür liege in der Verzögerung beim Schulhaus Rotweg wo deutlich weniger Abschreibungen angefallen seien. Auch dieses Jahr hätten die SWAP-Verpflichtungen auf die Rechnung gedrückt, insbesondere da sich der Zinsaufwand aufgrund der Negativzinsen nochmals erhöht habe.

Bei den Steuern fehle eine zuverlässige Prognosemethode, weshalb der Voranschlag ungenau sei und die effektiven Zahlen deutlich von den budgetierten Zahlen abweichen würden. Aus hängigen Rechtsfällen werde immer noch ein mehrstelliger Millionenbetrag an Grundstückgewinnsteuern erwartet. Positiv zu vermerken seien die Bemühungen, Steuerflüchtlinge zu stellen. So hätten die Ausfälle von Steuereinnahmen vergleichsweise tief gehalten werden können.

Zu den Immobilien sei zu sagen, dass die Rechnung mit einem kleinen Einnahmenüberschuss von CHF 100'000.- abschliesse. Dies sei der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission deutlich zu wenig und es würden Anstrengungen zur Änderung der Resultate erwartet.

Zurzeit fehle ein Tool über alle Liegenschaften hinweg, das eine einfache Auswertung pro Liegenschaft ermögliche und so die Rentabilität der einzelnen Immobilien ausweisen würde. Die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission empfehle trotzdem die Rentabilität der Liegenschaften zu überprüfen, beispielsweise mit einer Bachelorarbeit bei der ZHAW. Er danke der Abteilung Finanzen und Immobilien für die gute Zusammenarbeit.

Planen und Bauen, S. 34 ff.

Globalkredit Planen und Bauen, S. 191 - 197

Mitglied GRPK, Walter Münch, FDP, teilt mit, dass er zusammen mit Rita Hug die Abteilung Planen und Bauen besucht habe. Er nehme die Gelegenheit wahr, sich bei Heini Hauser und Frau Newnam für die konstruktive Zusammenarbeit zu bedanken.

Die Rechnung 2015 schliesse um ca. CHF 0.5 Mio. besser ab als budgetiert. Sowohl der Aufwand als auch der Ertrag würden sich auf dem Niveau des Vorjahres bewegen. Im zweiten Halbjahr seien, wie vom Stadtrat beschlossen, nur noch die absolut wichtigsten Ausgaben getätigt worden. Durch die leicht rückgängige Bautätigkeit hätten die Einnahmen im Bereich Bewilligungen und Amtliche Vermessung entsprechend abgenommen.

Beim Strassenwesen könnten, gemäss den Verantwortlichen, die gekürzten Mittel für den baulichen Unterhalt der Strassen und Plätze mittelfristig zu grösseren Schäden an den Gemeindestrassen führen. Somit könne die politische Zielsetzung für einen tadellosen Unterhalt und Werterhalt der Strassen längerfristig nicht mehr erfüllt werden.

Bei den Abwasseranlagen seien durch die Umstellung des Wasserjahres (Umstellung des Ablesedatums vom 30. September auf den 31. Dezember) einmalige Mehrerträge im Umfang von ca. CHF 0.25 Mio. generiert worden.

Auffallend sei das Guthaben in der Spezialfinanzierung bei den Abwasseranlagen. So seien Ende 2015 CHF 6.7 Mio. drin gewesen. Mit den reduzierten Gebühren und dem ab 2016 zu leistenden Beitrag von CHF 9.- pro Einwohner in den Micropoll sei zukünftig mit einem jährlichen Fehlbetrag von rund CHF 1 Mio. zu rechnen. Somit würde sich das Spezialfinanzierungsguthaben über die Jahre reduzieren. Mit den Abgaben in den Micropoll würde das Bundesamt für Umwelt geeignete Massnahmen und Technologien entwickeln zur Verminderung von Mikroschadstoffen in Abwasser und Gewässern. Zudem würden mit diesen Geldern Beiträge an die Sanierung von Kläranlagen geleistet, die auf die neuen Technologien umgerüstet werden müssen. Das sei das Wichtigste in Kürze. Er danke für die Aufmerksamkeit.

Werke, S. 46

Globalkredit Werke S. 197 - 206

Mitglied GRPK, Peter Hildebrand, SP, sagt, dass er zusammen mit Rita Hug die Werke besucht habe. Wie im Bericht erwähnt worden sei, habe die Gasversorgung aufgrund der tiefen Gaspreise und auch weil weniger Werkleitungsprojekte durchgeführt worden seien rund CHF 4 Mio. weniger Umsatz erzielt. Somit sei der Anteil am Ergebnis Netze und Betrieb Gas/Wasser tiefer ausgefallen. Das Spezialfinanzierungskonto konnte abgebaut werden, so dass die finanziellen FLAG-Ziele erreicht worden seien. Die Differenz per 31. Dezember 2015 betrage CHF 3.6 Mio. und entspreche 45%.

Zu erwähnen sei ebenfalls die gute Arbeit der Werke. Teilweise seien die Budgetposten unter dem Budget ausgefallen.

Noch ein Blick in die Zukunft. Ein Umbau der Hauptsammelstelle an der Eintrachtstrasse werde angestrebt. Heute würden teilweise die Kunden die Sammelstelle wegen der beengten Platzverhältnisse, den oftmals langen Wartezeiten und dem komplizierten Ablauf mit der Wägung und den Gratisgütern meiden. Mit dem Umbau der Sammelstelle wollten die Werke einerseits die Attraktivität für die Kundschaft und andererseits das Angebot an Wertstoffen erhöhen.

Zum Schluss noch ein Gedanke der SP-Fraktion. Man höre öfters in anderen Gemeinden oder Städten, das Modewort privatisieren. Privatisierung im Gesundheitswesen, Spital, Pflegeheim, Stadtgärtnerei, Statische Werke usw.. Zurück nach Wädenswil. Auch sie müssten sich gut überlegen, wann und ob überhaupt privatisiert werden solle und ob das Modewort in den Mund genommen werden solle. Es zeige sich wieder einmal bei den Werken, die ein Teil der Stadtverwaltung seien und hohe Erträge erwirtschaften würden. Da lasse man doch das Geld

lieber in die Stadtkasse fliessen, wo es dank tieferen Gebühren der Bevölkerung zugutekomme, als in ein privates Unternehmen, das vor allem einen hohen Gewinn anstrebe.

Er bedanke sich auf diesem Weg bei Ernst Brupbacher, Monika Salzmann und Rolf Baumbach für die gute Zusammenarbeit.

Stadtrat Werke Ernst Brupbacher, stellt richtig, dass sich die Hauptsammelstelle im Winterberg und nicht an der Eintrachtstrasse befinde.

Sicherheit, S. 60 ff.

Globalkredit Sicherheit S. 206 - 207

Mitglied GRPK, Pierre Rappazzo, GLP, sagt, dass Volkan Dogu und er die Abteilung Sicherheit und Gesundheit am 11. Mai 2016 besucht hätten. Sie seien von Stadtrat Jonas Erni und Sebastian Epp zuvorkommend empfangen worden. Bei der Sicherheit sei gut gearbeitet worden. Das Aufwandsbudget sei um 15% unterschritten worden. Da die Sicherheit lediglich 1,5% des Gesamtaufwands der Stadt Wädenswil ausmache, habe dies leider keine merkliche Auswirkung auf das Gesamtergebnis.

Schule und Jugend, S. 68 ff.

Globalkredit Freizeitanlage S. 208 -210

Mitglied GRPK, Rita Hug, Grüne, führt aus, dass sie kürzlich mit ihrem Patenkind eine Diskussion gehabt habe. Sie hätten darüber gesprochen, wie es bei ihr früher in der Schule so zu und her gegangen sei: So habe sie ihr gesagt, dass sie damals weder iPad noch Smartphone oder einen Laptop gehabt hätten. Nach einer Weile überlegen habe sie dann gefragt, wie sie denn ins Internet gekommen sei. Sie hätten natürlich gemerkt, dass dies ein kleiner Witz gewesen sei, den sie zum Besten gegeben habe. Dies darum, weil sie die unglaubliche Entwicklung vor Augen führen wollte, die in den letzten 20 - 30 Jahren passiert sei.

Wenn jetzt 20 Jahre in die Zukunft geschaut werde, würden sie sich fragen, was dann sein werde. Vielleicht begrüsse einen ein Roboter beim Eintritt ins Alterszentrum Frohmatt, der dann der persönliche Betreuer sei und für das Wohlbefinden Sorge. Die Entwicklung werde nicht stillstehen. Alle hier müssten sich die nächsten Jahre sputen, damit der digitale Anschluss nicht verpasst werde.

Es stelle sich auch die Frage, was das für die Kinder bedeute, die jetzt in die Schule einträten oder jetzt auf die Welt kämen. Fakt sei, dass weniger als die Hälfte der Kinder, die jetzt in die Schule gehen würden, einen Beruf erlernen können, den es bereits gebe. Alle anderen fänden eine Tätigkeit, die jetzt noch nicht einmal auf dem Markt sei. Die Arbeitswelt werde sich also unglaublich entwickeln. Es werde eine riesige Herausforderung für die Schule sein, die Kinder so vorzubereiten, dass sie Verständnis und know-how für die digitale Zukunft und Arbeitswelt hätten.

Jetzt schlage sie einen Bogen zur Rechnung 2015. Walter Münch und sie hätten die Abteilung Schule und Jugend besucht. Sie bedanke sich herzlich bei Stadtrat Johannes Zollinger, Patrick Weil und Eva Soland für die sehr guten detaillierten Erklärungen anlässlich des Besuchs. Die Verantwortlichen hätten sehr viel Energie dafür aufgewendet, dem Auftrag des Stadtrats und des Parlaments gerecht zu werden, die rigorosen Sparmassnahmen, die ihnen auferlegt worden seien, zu erfüllen. Wenn die Rechnung 2015 angeschaut werde, könne gesagt werden, dass die Abteilung diesen Auftrag sehr ernst genommen habe. Trotz zwei zusätzlichen Schul- und einer Kindergartenklasse seien sie unter dem Budget geblieben und hätten fast gleich wie die Rechnung 2014 abgeschlossen. Das natürlich im grossen Bestreben, die hohe Qualität der Schule beizubehalten.

Wie gehe es nun weiter? Das Bildungssystem sei politisch aufgeladen und müsse sich der Mehrheit beugen. Im Moment werde der Fokus in der Bildung in Wädenswil auf „Franken und Rappen“ gerichtet. Daneben aber finde eine unglaubliche Entwicklung in der Bildung statt, ob daran teilgenommen werde oder nicht. Es würden weitere Sparmassnahmen eingefordert. Die Begabtenförderung oder Deutsch als Zweitsprache seien im Angriffsfeld vieler Parlamentarier. Also es gehe um die Stärksten und die Schwächsten in der Schule. Starke Kinder, die auf die enorme Entwicklung, die da draussen passiere aufspringen könnten, würden ausgebremst, schwächere Kinder, die zusätzlichen Sprachunterricht brauchen würden, um später einen Ausbildungsplatz zu finden, würden bewusst tief gehalten.

Die nächste Budgetdebatte stehe an. Sie seien verpflichtet, die Zukunft der Schule „enkeltauglich“ zu gestalten. Sie alle würden Mitverantwortung tragen, dass die nächsten Generationen dieser unglaublichen Entwicklung folgen könnten und sie eine Chance hätten, den Lebensunterhalt einmal selber zu bestreiten.

Sie bitte daher, bei den nächsten Budgetdiskussionen nicht immer nur in Franken und Rappen zu denken. Sie sollten sich bitte auch folgende Frage stellen: „Was brauchen unsere Kinder, damit sie da und jetzt eine Zukunft haben.“

Soziales, S. 75 ff.

Globalkredit Soziales S. 210 - 213

Globalkredit Alterszentrum Frohmatt, S. 214 -219

Mitglied GRPK, Christoph Lehmann, SVP, teilt mit, dass er mit Peter Hildebrand die Abteilung Soziales und das Alterszentrum Frohmatt besucht habe. Sie würden sich für die kooperative und offene Zusammenarbeit und für die Beantwortung der Fragen während der Besuchswoche bedanken. Einen speziellen Dank wollten sie Stadträtin Astrid Furrer sowie den beiden Abteilungsleitern Markus Morger und Cristian Rentsch übermitteln. Für Details dieser Arbeit verweise er auf den Bericht und Antrag auf den Seiten 7 bis 9.

Die Abteilung Soziales ohne Frohmatt weise einen Nettoaufwand von CHF 19.1 Mio. aus. Das seien knapp CHF 99'000.- mehr als im Voranschlag und rund CHF 220'000.- mehr als im Vorjahr. Die grössten Ausgaben lägen wiederum bei den Sozialversicherungen. Nettoaussgaben von fast CHF 8 Mio. Seien im Jahr 2013 noch CHF 10.7 Mio. Zusatzleistungen

ausbezahlt worden, seien es im 2015 bereits CHF 13.1 Mio. gewesen. Diese Ausgaben bestünden aus Ergänzungsleistungen, kantonaler Beihilfen, kantonarechtlichen Zuschüssen und Krankenkosten. Nur 44% übernehme der Kanton. Die Abteilung Soziales melde unveränderte Gründe für dieses stetige Wachstum. Längere Lebenserwartung, steigende Kosten, gesetzliche nicht beeinflussbare Leistungen. Nur die Gemeindezulagen zur AHV/IV seien städtische Ergänzungszulagen, die in den 70er-Jahren als Zusatzleistungen zur BVG-Rente und zur freiwilligen Vorsorge geplant und eingeführt worden seien. Diese Leistungen seien „freiwillig“. Es gelte sie zu hinterfragen und allenfalls politisch zur Diskussion zu stellen.

Aber nicht überall würden steigende Ausgaben verzeichnet. Bei der Heimversorgung hätten die Anzahl Fälle von 26 auf 13 halbiert werden können, was auch gleich einer Kostenhalbierung entspreche. Unter dem Strich nähmen die Fallzahlen leicht zu: 764 Fälle anstelle von 757 im Vorjahr, was einem Fallwachstum von 7 Fällen oder 1% entspreche. Allerdings verzeichne die Wirtschaftliche Hilfe nach Sozialhilfegesetz 23 Fälle mehr. Hier würden die schnelleren Asylverfahren und Personen, die dann die Flüchtlingsanerkennung erhalten würden dazu beitragen, dass diese Zahlen auch in den kommenden Jahren weiter steigen würden.

Er sei sich sicher, dass Markus Morger und sein Team einen ausgezeichneten Job machten, damit legale oder illegale „Einnahmen“ aufgedeckt, verdächtige Bezüger überwacht und Personen mit einem Scheineinkommen von der Sozialhilfe ausgeschlossen würden. Besten Dank und ein Bravo an die Abteilung.

Zur Frohmatt: Im 2015 habe der Betrieb erstmals ohne bauliche Einschränkungen funktioniert. Das Betriebskonzept sei im 1. Semester fertig implementiert worden. Prozesse seien hinterfragt und angepasst worden, sodass im 2. Semester das Budget fast eingehalten werden konnte. Anstelle eines Aufwandüberschusses von CHF 1.9 Mio. weise die Rechnung ein Minus von CHF 2.2 Mio. aus. Das seien CHF 0.3 Mio. mehr als geplant. Für dieses Ergebnis gebe es verschiedene Erklärungen. Unter anderem mehr Personal in Pflege-Betreuung und Ökonomie-Hausdienst infolge Aufhebung von Tages- und Nachtplätzen, respektive deren Umwandlung in Langzeitplätze und zusätzliche Bettenplätze. Aber auch krankheitsbedingte Ausfälle, die eins zu eins durch gleichwertiges Personal ersetzt worden seien, hätten Mehrkosten verursacht. Diese zusätzlichen Personalkosten seien im blauen Buch, Seite 217 f. erklärt und würden plausibel erscheinen. Infolge neuer Rechnungslegung nach Curaviva-Richtlinien seien Teile der Lebensmittelkosten aus Cafeteria und Partyservice im Budget falsch berechnet worden. Der viel höhere Aufwand werde aber durch Mehreinnahmen abgedeckt. Beim Konto Debitorenverluste sei ein grosser, erfolglos betriebener Fall abgeschrieben worden.

Umgebaut heisse noch nicht eingerichtet. Viele Ausgaben in Unterhalt und Reparaturen und/oder Anschaffungen hätten direkte oder indirekte Wurzeln im Umbau. Sie resultierten teilweise aus Planungsfehlern, Sparmassnahmen oder seien Nachbesserungen, aber auch „alt“ sei ungenügend und müsse erneuert werden. So sprudle es nur so von Investitionen, die eigentlich Umbau- oder Bauergänzungscharakter hätten und nicht immer ein unmittelbares Bedürfnis befriedigen würden, der Sicherheit dienten oder gesetzliche Vorgaben erfüllten. Er erwähne das bekannte Stuhlprojekt: Nicht mehr trendy, aber heute immer noch im Einsatz.

Ihm fehle eine gewisse Auseinandersetzung mit Opportunitätskosten - was koste der Verzicht oder mit der Dringlichkeit - jetzt oder später. Auch gesetzliche Vorgaben kennen Toleranzregeln.

Danke und Bravo an alle Verantwortlichen, die sich mit viel Enthusiasmus, vielen kreativen Ideen beim Budgetprozess einbrachten und einen Beitrag zum ausgeglichenen, aber realistischen Voranschlag 2017 leisteten.

Gesundheit, S. 92 ff.

Globalkredit Bäder S. 219 - 221

Mitglied GRPK, Pierre Rappazzo, GLP, sagt, dass beim Besuch der Abteilung Sicherheit und Gesundheit er und Volkan Dogu sich auch in den Bereich Gesundheit vertieft hätten.

Das Budget sei massiv überschritten worden. Dies hätten sie bereits zwei, drei Mal gehört. Grund dafür seien die Kosten der Krankenpflege. Statt CHF 4.5 Mio. seien CHF 6.0 Mio. belastet worden. Das seien über 30% mehr Aufwand pro Pflegefall - und das in einem Jahr. Bereits bei der Budgetdebatte sei darauf hingewiesen worden, dass die Aufwandschätzung völlig unrealistisch sei.

Gemäss der Abteilung werde der Aufwand massgeblich durch das vom Kanton festgelegte Normdefizit bestimmt, das erst im August bekannt gegeben werde. Die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission sei der Meinung, dass diese Informationen trotzdem im Budget hätten berücksichtigt werden müssen.

Die Abteilung und der Gemeindepräsidentenverband würden an Möglichkeiten arbeiten, die Aufwandsteigerung einzudämmen. Auch wolle der Stadtrat die Angemessenheit der Leistungsvereinbarungen überprüfen lassen. Sie würden dranbleiben.

Zum Hallenbad: Nach der Fassaden- und der Dachsanierung inkl. Photovoltaikanlage seien erste positive Wirkungen bei den Heizkosten festgestellt worden. Bei der Besucherzahl seien die angestrebten 100'000 Besucher nicht erreicht worden, stattdessen sei das Hallenbad von rund 87'000 Personen besucht worden. Um mehr Gäste anzusprechen, seien die Werbemassnahmen erhöht worden. Da frage er sich, ob es tatsächlich sinnvoll sei, wenn ein Staatsbetrieb Werbung mache oder ob es nicht genüge, mit den Leistungen zu punkten. Auf Hinweis der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission sei eine Kombikarte für Hallenbad und Seebad eingeführt worden. Das schein erfolgreich zu sein.

Zur Investitionsrechnung, S. 100 ff.

Mitglied GRPK, Christine Merseburger, EVP, teilt mit, dass bei den Investitionen in das Verwaltungsvermögen das Budget bei den Ausgaben nicht erreicht worden sei. Dies weil wegen der beschlossenen Sparmassnahmen die Investitionsausgaben gekürzt worden seien. Einige Projekte seien sistiert, andere auf später verschoben worden. Wie sinnvoll dies sei

darüber hätten sie bereits verschiedene Meinungen gehört. Wegen der Verzögerung des Projekts Oberstufenschulhaus Fuhr/Rotweg würden die Investitionen rund CHF 12.7 Mio. tiefer ausfallen. Diese und auch andere verschobene Projekte würden die Rechnung im nächsten oder den folgenden Jahren belasten. Die Einnahmen seien um CHF 0.4 Mio. gestiegen, weil Staatsbeiträge für die Sportinfrastruktur überwiesen worden seien. Es gebe eine Tabelle im Bericht. Diese wolle sie nicht vorlesen.

Sie erwähne, dass die meisten Investitionen zweckgebunden (Leitungen, Strassen, Neubau Gasversorgung) oder durch das Parlament bewilligt worden seien (Schule, Sanierungen usw.). Daher dürfe ein Sparpotenzial nur bei weniger Volumen oder durch billigere Ausführungen vorhanden sein. Bei der Frohmatt - das hätten sie auch schon gehört - stelle sich die Frage, warum im Umbau wichtige Elemente nicht vorhanden seien. Das gehe eigentlich auch nicht, dass einfach weniger gemacht werde und somit nicht im Projektierungskredit auftauche. Es sei sicher vorher bekannt gewesen, dass diese Investitionen auch anfallen würden. Sie hofften, dass dies nicht Schule mache und der Projektierungskredit richtig abgerechnet werde.

Abrechnung Politisches Gemeindegut (Bau- und Kreditabrechnungen), S.182 - 185

Gemeindepräsidentin Monika Greter, teilt mit, dass die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission dem Gemeinderat die Abnahmen der folgenden Bau- und Kreditabrechnungen beantrage:

- Oberstufenschulhaus Steinacher; Erweiterung Mediothek
- Sportplatz Beichlen, Sanierung Hauptstrassen
- Sportbauten Untermosen; Sanierung Hallenbad
- Alterssiedlung Tobelrai; Neubau Aussenliftanlage

Mitglied der GRPK, Christine Merseburger, EVP, sagt, dass sie und Volkan Dogu diese geprüft hätten. Die Erweiterung der Mediothek im Oberstufenschulhaus sei zum zweiten Mal geprüft worden, da beim letzten Mal ein Fehler entdeckt worden sei. Bei der zweiten Prüfung sei es dann besser gewesen, nachdem 13 Rechnungen umgebucht worden seien. Es sei also nicht die einzige gewesen, die sie gesehen hätten. Jetzt stimme es und daraus ergebe sich eine Kostenunterschreitung des Kredits von CHF 414.75.

Zur Alterssiedlung Tobelrai gebe es eigentlich nichts zu sagen.

Bei der Sanierung des Hallenbads Untermosen sei es so, dass es dort einen grossen Rechtsfall gegeben habe, was das ganze sehr verzögert und zu einer massiven Kreditüberschreitung geführt habe. Ihnen habe das gezeigt, dass es wichtig sei, zuverlässige Partner zu haben.

Bei der Beichlen sei die Abrechnung sehr gut und korrekt durchgeführt worden. Es sei etwas störend, dass bei der Bezifferung der Kreditüber- bzw. -unterschreitung die Subventionen nicht eingerechnet seien. Das Bild werde so etwas verfälscht, da bei den Weisungen bzw. den Kreditvergaben die Subventionen bereits bekannt seien und in die Kreditsprechung mit einbezogen würden. Das andere, das die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission erwarte sei, dass die Vergabe der Aufträge an zuverlässige Partner erfolge, die qualitativ gute

Arbeit leisten würden. Oft sei es das Wädenswiler Gewerbe. So würden sie sich das vorstellen. Kreditüberschreitungen und Gerichtsfälle sollten eine absolute Ausnahme sein. Das solle auch erreicht werden, indem bei freihändigen Vergaben und bei Einladungsverfahren das einheimische Gewerbe vermehrt berücksichtigt werde.

Schlussabstimmung über die vier Bau- und Kreditabrechnungen

Der Rat verabschiedet die Bau- und Kreditabrechnungen einstimmig.

Schlussabstimmung über die Rechnung 2015

Der Rat verabschiedet die Jahresrechnung 2015, die Sonderrechnungen und die Globalkredite mit Leistungsberichten der FLAG-Bereiche 2015 einstimmig.

16.04.33

4. Abnahme des Geschäftsberichts des Stadtrats für das Jahr 2015

Gemäss Art. 25 Abs. 2 Geschäftsreglement GR entfällt die Eintretensdebatte.

Detailberatung:

Stadtrat Finanzen Peter Schuppli, teilt mit, dass der Geschäftsbericht 2015 - wie auch alle seine Vorgänger - ein Nachschlagewerk für Parlamentarier sowie auch für die interessierte Bevölkerung sei. Er gehe davon aus, dass alle Gemeinderäte einen Geschäftsbericht erhalten und das Werk auch konsultiert hätten. Er sei informativ und beinhalte eine Menge Wissenswertes und Interessantes. Er biete einen Einblick ins Innenleben der Stadt.

Der Geschäftsbericht werde in einer Auflage von 550 Exemplaren gedruckt. Davon sei gut die Hälfte für interessierte Bürgerinnen und Bürger bestimmt, die das Nachschlagewerk unentgeltlich bei der Stadtverwaltung beziehen könnten. Die andere Hälfte sei für die Behörden und die Verwaltung reserviert. Das so viel zur Auflage, Verwendung und Streuung.

Schlussabstimmung

Der Rat genehmigt den Geschäftsbericht des Stadtrats für das Jahr 2015 einstimmig.

28.04.00

6. Interpellation der GLP-Fraktion, vom 23. November 2015, überwiesen am 18. Januar 2016, betreffend Rütihof finanziell noch tragbar?; Beantwortung

Stadtrat Finanzen Peter Schuppli, teilt mit, dass er in Vertretung des abwesenden Stadtpräsidenten zur Interpellation der Grünenliberalen Partei noch ein paar ergänzende Ausführungen machen dürfe. Grundsätzlich sei festzuhalten, dass bis dato kein Baugesuch der Firma Steiner für das ehemalige BASF-Areal in der Au eingetroffen sei. Wie er heute aber

auf Anfrage hin erfahren habe, sei die Steiner AG derzeit an einem Gestaltungsplan für einen Gewerbe- und Dienstleistungspark daran. Zurzeit sei nur das bekannt. Aber er wolle sich darum bemühen, mehr in dieser Sache in Erfahrung zu bringen.

Zurzeit sei es nicht möglich, handfeste Aussagen zu machen, was für Auswirkungen das mögliche Steiner-Projekt auf dem ehemaligen BASF-Areal für die Werkstadt ZÜRISSEE haben würde. Dort seien die Gespräche in fortgeschrittenem Stadium, die Liste von Interessenten sei beachtlich. Zurzeit könne gesagt werden, dass die Nachfrage grösser als das Angebot sei. Aber es müsse auch erwähnt werden, dass noch keine rechtsverbindlichen Verträge vorlägen oder unterschrieben seien, sodass es jederzeit - auch aus wirtschaftlich-konjunkturellen Gründen - noch zu Verschiebungen, zu Absagen oder Änderungen im Wunschbedarf kommen könne. Denn zurzeit könne niemand sagen was auf Unternehmerseite passiere, wenn weltweit eine Wirtschaftskrise ausbreche, die auch die Schweiz, die stark vom Wohlergehen des Auslands abhängig sei, in Mitleidenschaft gezogen würde.

Nicht ohne Konsequenzen wäre aber auch die in der Interpellation angesprochene Möglichkeit, dass die Stadt vom Kauf zurücktrete. Nicht nur alle Vorarbeiten, Sitzungen, Gespräche, Verhandlungen usw. wären umsonst gewesen, es wäre auch ein Rückschlag im Bemühen, dem einheimischen Gewerbe eine Option vor Ort, also da in Wädenswil, anzubieten und so Abwanderungsgedanken im Keim zu ersticken. Sie seien weiterhin bestrebt und stark daran interessiert, in der Stadt Arbeitsplätze erhalten zu können, wenn möglich neue zu schaffen und so auch den drohenden Verlust von Steuereinnahmen zu verhindern. Das seien die wesentlichen Grundgedanken, die hinter dem von ihnen initiierten Projekt Werkstadt ZÜRISSEE stünden.

Was das finanzielle Risiko für die Stadt anbelange sei zu erwähnen, dass nach dem positiven Volksentscheid betreffend Landkauf das Land im Herbst 2016 gekauft werde, und dass gemäss Fahrplan im Winter 2017/18 mit den Bauarbeiten gestartet werden solle. Angefangen werde mit der Erstellung der Infrastruktur, sodass ab Frühling 2018 mit den Hochbauten angefangen werden könnte.

Die Unternehmen, die ihr Interesse an der Werkstadt ZÜRISSEE angemeldet hätten, müssten möglichst rasch die definitiven Angaben zur benötigten Grundstückgrösse abgeben, damit ihr Standort festgelegt werden könne. Es werde erwartet, dass sie im Verlauf des Sommers ihre Vorprojekte vertiefen und die Finanzierung - sei es Kauf oder Baurecht - klären würden. Momentan gebe es keine Anzeichen, dass das Projekt RÜTIHOF scheitern könnte. Sollte es jedoch im „worst case“ trotzdem dazu kommen, dass die Stadt auf den Landkauf verzichte, seien die bisher geleisteten Vorarbeiten, Gespräche, Verhandlungen, Vertragsentwürfe, Sitzungen und angefallenen Kosten im Zusammenhang mit den Planungsvorarbeiten vergeblich gewesen. Das wäre umso bedauerlicher, als das Bestreben, das einheimische Gewerbe in der Stadt zu erhalten und neue Firmen anzusiedeln, ein herber Rückschlag erleiden würde, bei dem die Konsequenzen für die Arbeitsplätze, für den Erhalt von ortsansässigen Firmen und der erhoffte Zuzug von neuen Steuerzahlern nicht absehbar wären. Aber noch würden die Gespräche in absolut konstruktivem Sinn ablaufen, das Interesse sei lebhaft, sodass die Zuversicht auf ein Gelingen des Projekts Werkstadt ZÜRISSEE nach wie vor intakt sei.

Pierre Rappazzo, GLP, dankt Peter Schuppli für die Ergänzungen. Diese würden jedoch nicht mehr als die Antwort selber aussagen. Er danke dem Stadtrat und es sei schade, dass der Stadtpräsident nicht anwesend sei, da ihn dieses Geschäft betreffe. Er müsse für solche Sachen den Kopf herhalten. Das Geschäft hätte auch verschoben werden können. Mit den Antworten seien sie überhaupt nicht zufrieden. Besonders mit der Beantwortung der letzten Frage seien sie nicht zufrieden. Er zitiere nochmals die Frage, die sie gestellt hätten: „Welches wären die finanziellen Folgen bei einem Rücktritt vom Kauf des Rütihofs?“ Da habe der Stadtrat mit Prosa und mit Behauptungen geantwortet anstatt mit Zahlen. Die GLP habe nach den Kosten bei einem Rücktritt vom Kauf des Rütihofs aufgrund der veränderten Angebots- und Nachfragelage gefragt. Seit der Erfindung der Währungen (CHF, EUR, usw.) brauche es keine verbale Umschreibung mehr von Kosten. Oder kenne der Stadtrat in Zeiten angespannter Finanzlage die Zahlen gar nicht?

Weiter schreibe der Stadtrat in seiner Antwort auf die finanziellen Folgen: „Das Ziel, das einheimische Gewerbe in Wädenswil zu halten und neue Firmen anzusiedeln, könnte nicht weiterverfolgt werden. Es müsste mit weiteren Verlusten von Arbeitsplätzen und von Steuereinnahmen juristischer Personen in Wädenswil gerechnet werden.“ Da müsse er das Lachen unterdrücken. Man könne ja aus ästhetischer Sicht und gutem Willen für die staatliche Entwicklung des Rütihofs sein aber diese Behauptung scheine doch etwas sehr abenteuerlich. Er frage sich, woher der Stadtrat dieses Wissen nehme. Er sei einmal zur Schule gegangen und die Lehrmeinung sei, gute Steuerzahler verliere man, wenn sich die Rahmenbedingungen verschlechtern würden. Dies praktiziere der Stadtrat, indem er mit Steuergeldern Risiken eingehe, die Private eingehen sollten. Man habe das schon x-Mal erklärt. Das Gewerbe gehe verloren, wenn Gewerbeland vernichtet werde, das sei ganz wichtig. Wo es Gewerbeland gebe, habe es auch Gewerbe. Zum Beispiel wenn Gewerbeland in eine Wohnzone umgezont oder wie bei den Liegenschaften, in der die Firma Ulmer drin sei, ein weiterer Detailhändler zugelassen werde, anstatt frühzeitig, wie von ihnen mehrfach gefordert, via Gestaltungsplan dies zu verhindern. Auch im Dorf werde immer wieder versucht Industrie- und Gewerbebezonen in Wohnzonen umzuzonen. Es habe schon Abstimmungen darüber gegeben. Damit werde das Gewerbe in Wädenswil vernichtet. Sie von der GLP seien nicht gegen Umzonungen, aber wenn dann richtig. Bei der Umzonung solle deutlich aufgezont werden und dieser Mehrwert für den Eigentümer solle mit den Auflagen wie beispielsweise gleich viel oder mehr Gewerbefläche zu schaffen, versehen werden. Man verliere aber kein Gewerbe, wenn der Staat bestehendes Gewerbeland nicht entwickle, denn dann mache es ein Privater. Und wenn er es nicht mache, müsse diesem geholfen werden, so dass er es mache. Hier habe der Staat Möglichkeiten. Der Staat solle mit Rahmenbedingungen lenken aber nicht selber machen. Das sei ihre Intension. Besonders dann nicht, wenn der Staat es teurer mache, als wenn es gewinnorientierte Private täten.

Die Interpellation betreffend Rütihof finanziell noch tragbar gilt als erledigt und wird abgeschlossen.

06.03.01

7. Einbürgerungen:

ROTH Götz Peter, geb. 12. November 1962 in Ehingen (Deutschland), deutscher Staatsangehöriger, ledig, wohnhaft in Wädenswil, Eintrachtstrasse 16

Einbürgerungsgebühr: CHF 1'500.--
Referent: André Zürrer

Da **SMAJLOVIC Senade** nicht anwesend ist, wird die Einbürgerung auf eine der nächsten Sitzungen verschoben.

STIRNER Marion, geb. 11. März 1969 in Aalen (Deutschland), deutsche Staatsangehörige, ledig, wohnhaft in Wädenswil, Meierhofstrasse 26

Einbürgerungsgebühr: CHF 1'500.--
Referent: Hans Roth

Gemeinderatspräsidentin Monika Greter fügt hinzu, dass mit der Zustimmung durch den Gemeinderat alle heute Abend das Wädenswiler Bürgerrecht erworben hätten, unter Vorbehalt der Genehmigung durch Bund und Kanton. Herzliche Gratulation an alle. Sie bitte sie, dass sie doch von den neuen Rechten Gebrauch machen und sich am Wädenswiler Stadtleben beteiligen sollen.

Gegen die formelle Abwicklung der Ratsgeschäfte werden auf Anfrage von Gemeinderatspräsidentin Monika Greter keine Einwände erhoben.

Gemeinderatspräsidentin Monika Greter schliesst die Sitzung.

Ruth Schäfer, Ratssekretärin-Stv.